

„Ich bin dafür, dass wir Kampfpanzer liefern“

- Was ist die richtige Linie im Ukraine-Krieg?
- CDU-Politiker Thorsten Frei im SÜDKURIER-Interview

Herr Frei, Kanzler Olaf Scholz reist nicht in die Ukraine, dafür war Ihr CDU-Vorsitzender Friedrich Merz dort. Ist die Kritik, dass er damit Wahlkampf für die bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein betreiben will, gerechtfertigt?

Mit solcher Kritik muss man leben. Das sind aber vor allem Entlastungsangriffe der politischen Mitbewerber. Wenn man rechtfertigen muss, dass der Bundeskanzler eine solche Reise nicht macht, dann ist das sicher nicht das Problem der CDU. Friedrich Merz hatte bereits Mitte Februar – kurz vor Kriegsbeginn – eine Reise in die Ukraine geplant, um Wolodymyr Selenskyj zu treffen. Der hatte wegen der Zuspitzung der Lage im Osten des Landes kurzfristig abgesagt, Merz aber eingeladen, die Reise nachzuholen.

Es geht also nicht darum, sich zu profilieren als Parteichef?

Nein. Es ging auch nicht darum, einen Gegensatz zu Scholz zu schaffen, sondern um Solidarität mit der Ukraine zu zeigen und sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen. Es gibt hier keinen Dissens, sondern es dokumentiert im Gegenteil den Schulterchluss der deutschen Politik in dieser Frage.

Aber Scholz ist in Berlin geblieben. Hätte er also auch nach Kiew reisen sollen?

Hätte er mich um Rat gebeten, hätte ich ihm dazu geraten.

Trotz der Brüskierung des Bundespräsidenten?

Er hätte womöglich schon davor reisen sollen.

Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk hat Scholz wegen seiner Absage als „beleidigte Leberwurst“ bezeichnet. Halten Sie Melnyk für unverschämt?

Vielleicht muss man hier andere Maßstäbe anlegen, weil es um den Existenzkampf eines Landes geht – um Sein oder Nichtsein, im wahrsten Sinne des Wortes. Natürlich ist dies kein diplomatisches Verhalten des Botschafters. Am Ende muss er damit leben, dass die Bundesregierung sich nicht diktieren lässt, welche ihrer Repräsentanten in die Ukraine kommen.

Scholz sprach von einer Zeitenwende. Ist er der Richtige, um das umzusetzen?

Ich hoffe es für unser Land. Was wir feststellen können, ist, dass er eine große Regierungserklärung am 27. Februar gehalten hat. Was seither passiert ist, wird seinen Ankündigungen jedoch in keiner Weise gerecht. Die Koalition ist längst im Klein-Klein angekommen.

Hat Scholz in der Kommunikation Fehler gemacht?

Olaf Scholz hat nicht nur nicht richtig kommuniziert, sondern es auch tatsächlich nicht richtig gemacht. Noch bevor der Krieg losging, hat die Ukraine bereits nach Waffen gefragt. Anfang März ging es dann um schwere Waffen. Antworten der Bundesregierung kamen zu zögerlich und zu spät. In Wahrheit ist es so, dass ihn FDP und Grünen deutlich aggressiver getrieben haben, als wir das getan hätten. Die Kommunikation kam noch dazu und war total verunglückt.

Inwiefern verunglückt?

Wenige Tage vor dem gemeinsamen Antrag auf die Lieferung von schweren Waffen in die Ukraine hatte Scholz noch gesagt, schwere Waffen würden aus seiner Sicht einen Schritt in Richtung dritten Weltkrieg bedeuten. Aber wenn dem so wäre, dann wäre Deutschland weder der Auslöser noch der einzige Beteiligte.

Sondern?



Der CDU-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer Thorsten Frei beim SÜDKURIER-Redaktionsgespräch.

BILDER: WOHLFROM

Zur Person

Thorsten Frei, 48, CDU-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar, sitzt seit 2013 im Bundestag. Seit Dezember 2021 ist er parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Rechtsanwalt begann seine politische Karriere im Staatsministerium Baden-Württembergs als Regierungsrat und persönlicher Referent von Staatsminister Christoph Palmer, bevor er 2004 zum Oberbürgermeister von Donaueschingen gewählt wurde. Das Amt hatte er bis zu seinem Wechsel in den Bundestag inne. Frei ist verheiratet und hat drei Kinder. Er wohnt in Donaueschingen. (mim)

nicht.“ „Wir haben nichts.“ Jetzt ist es tatsächlich für vieles zu spät.

Wie erklären Sie sich das? Ist es die SPD, an der Scholz nicht vorbeikommt?

Ja, das ist so. Die Partei ist viel stärker als andere Parteien in Flügeln organisiert. Den linken Flügel prägen unter anderem Generalsekretär Kevin Kühnert und der Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich. Mützenich ist ein ausgezeichneter Pazifist, der bei unserer Hilfe zur Selbstverteidigung vor Militarismus warnt.

Die marode Bundeswehr dürfte ihm da in die Karten spielen. Was können wir der Ukraine denn überhaupt liefern? Und was ist sinnvoll?

Als Russland zu Beginn des Krieges an breiter Front in Richtung Kiew angegrif-



Thorsten Frei (von links) am Redaktionstisch in Konstanz mit Politikredakteurin Mirjam Moll, Politik-Ressortleiter Dieter Löffler und Chefredakteur Stefan Lutz.

Waffensystemen das komplizierteste. Ohne Schulung geht das nicht. Deshalb bin ich dafür, dass wir auch „Leos“, also Kampfpanzer, liefern.

Ab welchem Punkt läuft Deutschland Gefahr, Kriegspartei zu sein?

Das ist ein schmaler Grat. Die Ausbildung zur Nutzung von Gepard-Panzern halte ich aber für richtig. Wir tun nichts, was völkerrechtswidrig ist.

28 Intellektuelle haben in einem Brief davor gewarnt, dass die Waffenlieferungen die atomare Eskalation zur Folge haben könnte. Was halten Sie davon?

Menschlich finde ich es zynisch und intellektuell unredlich. Denn die Kernaussage lautet, wenn wir die Ukraine unterstützen, verlängern wir den Krieg und nähern uns der Gefahr eines Atom-

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer soll in der CDU-Präsidiumsitzung gesagt haben, man sollte keine schweren Waffen liefern: Wie geschlossen ist die Union in der Frage?

CDU und CSU sind sehr geschlossen, aber das Unbehagen gibt es zweifellos, nicht nur in der Union, sondern in einem großen Teil der Bevölkerung. Ich nehme diese Sorgen ernst und man muss sich damit auseinandersetzen. Die Frage ist aber, was sind die Alternativen? Soll das heißen, dass die Ukraine zum Binnenland wird und den Schwarzmeereszugang verliert? Dann würden sich die Stärkeren durchsetzen.

Eher schwach steht die Bundeswehr da, sie soll über ein milliardenschweres Sondervermögen aufgepöppelt werden. Ist die Zustimmung der Union gesichert?

Können Sie es sich als CDU denn leisten, nicht zuzustimmen?

Ja, natürlich. Der Gesetzesentwurf ist derzeit so formuliert, dass das Sondervermögen für die Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden könnte. Die 100 Milliarden müssen aber für die Bundeswehr. Für etwas anderes ausgegeben werden. Für einen Finanzierungstrick, um das Zwei-Prozent-Ziel der Nato zu erreichen, sind wir nicht zu haben.

Wie meinen Sie das?

Der Verteidigungsetat umfasst 50 Milliarden Euro, das sind etwa 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dauert es zwei Prozent zu investieren, entfallen gut 70 Milliarden Euro. Tatsächlich sollen nach der mittelfristigen Finanzplanung aber weiter nur 50 Milliarden eingeplant werden, das Delta wird die Regierung mit dem Abfluss aus dem Sondervermögen finanzieren, um die zwei Prozent zu kommen. Spätestens in fünf Jahren ist das Sondervermögen dann weg, der Etat aber nicht erhöht.

Woher soll das Geld denn kommen?

Das ist eine Frage der Prioritätensetzung. Der Koalitionsvertrag soll noch mehrfach abgearbeitet werden, als gäbe es keinen Krieg. Die Wahrheit ist aber, dass wir nicht hundert Milliarden zusätzlich ausgeben können, an anderer Stelle etwas einzusparen. Das wäre eine Illusion. Schließlich hat Deutschland in den letzten drei Jahren insgesamt 560 Milliarden Euro an Schulden angehäuft. Das ist mehr als in 26 Jahren davor zusammen.

Wo sollten die Abstriche denn gemacht werden?

Diese Antwort geben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen. Aber in der aktuellen Situation zusätzliche Ausgaben zu tätigen, geht in jedem Fall nicht. Wir werden Vorschläge dazu bringen.

Beim Entlastungspaket haben Sie angekündigt, die Rentner mit aufzunehmen. Das klingt nicht nach Abstrichen.

Das stimmt. Aber das zweite Entlastungspaket ist nicht schlüssig, vor allem wirkt es zu spät. Das neue Euro-Ticket für 90 Tage im Nahverkehr löst kein Problem. Nicht die Nachfragespreise sind gestiegen, sondern die Benzinpreise. Wer im ländlichen Raum auf das Auto angewiesen ist, hat eine tatsächliche Mehrbelastung. Die Koalition arbeitet nicht mit dem Skalpell, sondern mit der Schrotflinte. Streifenluste und hohe Kosten sind das Ergebnis. Hier geht es immerhin um 15 Milliarden Euro. Trotzdem sind Rentner, Studenten und Geringverdienere am weitesten außen vor. Es ist doch selbsterhellend, dass wir als Union das ausgerechnet. Die Sozialdemokraten erklären sich nicht.

Die steigenden Energiekosten sind ein Ergebnis der Abhängigkeit von Russland. Warum haben wir uns so auf russische Energie gestützt?

Der Grund ist einfach: Öl und Gas aus Russland sind billig und kamen zu spät.

Die Union hat diesen Weg maßgeblich mitgeprägt, war das ein Fehler?

Die kolossale Fehleinschätzung des Energiebereichs haben wir alle zu verantworten. Wir wollten vor allem ein gutes Verhältnis zu Russland herstellen. Aber wir haben es uns zu einfach gemacht. 55 Prozent unseres Gas- und 30 Prozent des Ölbedarfs aus Russland zu decken, hat gefährliche Abhängigkeiten geschaffen. Strategische Abhängigkeiten haben wir übrigens auch zu anderen Ländern – etwa China.

Wie konnte es so weit kommen?

Weil die allermeisten von uns ein militärisches Risiko in Europa für völlig illusorisch gehalten haben. Dabei haben wir – völlig falsch – schlicht als reale Option betrachtet.

FRAGEN: DIETER LÖFFLER, STEFAN LUTZ